IMT Nuremberg Archives

H – 2581

International Court of Justice

H2581 - 0002

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
5 Exhibit 36
Filed 9/21/46

Beantworteter Fragebogen des Zeugen KEHRL
fuer den Angeklagten SPEER.

1. Frage: Welche Stellung hatten Sie im Ministerium Speer inne? Hauptamtlich oder ehrenamtlich?

Antwort: Ich war ab 16. September 1943 Leiter des Planungsamtes und ab 1. November 1943 auch Leiter des Rohstoffamtes im Ministerium Speer. Als selbstaendiger Textilfabrikant war ich ehrenamtlich taetig und erhielt nur im Rahmen der Moeglichkeiten der Haushaltsordnung eine Aufwandsentschaedigung zur teilweisen Deckung des mir bzw. meiner Firma durch meine ehrenamtliche Taetigkeit entstehenden baren Mehraufwandes.

2. Frage: Haben die einzelnen Sektoren der Kriegswirtschaft (Bedarfstraeger) ihre Forderung nach Arbeitskraeften beim Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz unmittelbar gestellt und hat Sauckel die Hoehe der Zuweisungen sich selbst vorbehalten oder hat er diese Entscheidung Speer oder der Zentralen Planung ueberlassen?

Antwort: Waehrend meiner Taetigkeit im Ministerium Speer haben die einzelnen Sektoren der Kriegswirtschaft (Bedarfstraeger) ihre Forderung ~~auch~~ beim Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz unmittelbar gestellt. Sauckel hat sich die Hoehe der Zuweisungen selbst vorbehalten. Eine Entscheidungsbefugnis der Zentralen Planung ueber diese Frage erkannte er nicht an, noch viel weniger eine solche von Speer allein. Er erklaerte sich nach mehrfachen Verhandlungen bereit, die Meinung der Zentralen Planung ueber die gesamtwirtschaftliche Vordringlichkeit der einzelnen Bedarfszwecke als interessantes Material entgegenzunehmen, ohne sich aber daran zu binden. Nach meiner Erinnerung fanden ueberhaupt nur 2 Besprechungen - davon mindestens eine waehrend Speers Krankheit im Fruehjahr 1944 - in dem so beschraenkten Rahmen statt. Dann wurde der Versuch einer Gesamtwirtschaftlichen Einwirkung als praktisch aussichtslos aufgegeben.

3. Frage: Waren die Bedarfstraeger im Fruehjahr 1944 etwa folgende: Heeres- und Marineruestung, Luftruestung, Kohle, Bergbau, Chemie, Reichsbahn, Reichspost, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bauwirtschaft, Heeresverwaltung, Luftwaffenverwaltung, Marineverwaltung, allgemeine Verwaltung? Koennen Sie diese Liste ergaenzen? Welche dieser Sektoren forderten ueber das Ministerium Speer an?

Antwort: Die Aufzaehlung der zentralen Bedarfstraeger entspricht meiner Erinnerung. Ein weiterer selbstaendiger Bedarfstraeger war das Propagandaministerium fuer die Beseitigung ziviler Luftschaeden. Die Anmeldung des Ministeriums Speer erfolgte fuer Heeres- und Marineruestung, Bergbau (und Kohle), Chemie und die sonstige Produktion sowie die Energiewirtschaft und die Bauwirtschaft. Die uebrigen aufgezaehlten Bedarfstraeger meldeten unmittelbar an. Von welchem Zeitpunkt ab die Luftruestung, die erst im Laufe des Sommers 1944 auf das Speerministerium ueberging, in die Anforderungen einbezogen wurde, ist mir nicht bekannt. Inwieweit von regionalen Stellen der Wehrmacht und anderen regionalen Stellen unmittelbare Anmeldungen bei den Landesarbeitsaemtern erfolgten und beruecksichtigt wurden, ist mir nicht bekannt. Da die Zuweisungen ueberwiegend regional erfolgten, hatte ich den Eindruck, dass den sogenannten zentralen Zuweisungen haeufig nur theoretische Bedeutung zukam.

H2581 -0003

4. Frage: Nach der Genfer Kriegsgefangenenordnung von 1929 sollen Arbeiten, welche von Kriegsgefangenen ausgefuehrt werden, keinen direkten Zusammenhang mit der Kriegfuehrung haben; insbesondere ist untersagt, Kriegsgefangene in der Herstellung oder im Transport von Waffen und Munition jeder Art oder zum Transport von Material, welches fuer die kaempfende Truppe bestimmt ist, zu verwenden. Sind die in den Ruestungsinspektionen zusammengefassten Betriebe ausschliesslich solche Betriebe gewesen, die Gegenstaende produzierten, die dieser Begriffsbestimmung entsprachen?

Antwort: Die in den Ruestungsinspektionen zusammengefassten Betriebe sind keineswegs ausschliesslich, wahrscheinlich noch nicht einmal ueberwiegend Betriebe gewesen, die der erwaehnten Begriffsbestimmung entsprachen. Ein System der Auswahl der Betriebe bei Gruendung der Ruestungsinspektionen war mir nie erkennbar. Es wurden schon bei Gruendung dieser Organisation Textilbetriebe, Betriebe der Leder- und Holzverarbeitung, der Glas- und keramischen Industrie Rohstoffbetriebe und Betriebe der Zulieferung in grossem Umfang betreut. Die Zahl der Betriebe und die Mannigfaltigkeit ihrer Produktionszwecke wuchs von Jahr zu Jahr.

5. Frage: Gehoerten zu den Betrieben der Ruestungsinspektionen u.a. alle Betriebe der "Eisen-Stahl- und Metallherstellung" und des " Maschinen- Kessel- Fahrzeug- und Apparatebaues"? Umfassten diese Betriebe etwa die gesamte Metallverarbeitung und kamen hierzu ab September 1943 noch die Betriebe der Rohstahlerzeugung und der Zulieferungsindustrie, sodass die gesamte Eisenindustrie vom Rohstahl bis zum Endprodukt Ruestungsbetrieb war?

Antwort: Da klare zentrale Anweisungen ueber den Kreis der zu betreuenden Firmen nicht bestanden und diese Frage weitgehend regional und daher unterschiedlich entschieden wurde, ist die Frage nicht mit absoluter Sicherheit zu beantworten. Ausser den in der Frage 4 aufgefuehrten Betriebsarten waren 1943/44 sicherlich die in der Frage 5 angefuehrten Betriebe bis auf moegliche unbedeutende Ausnahmen gaenzlich in der Betreuung der Ruestungsinspektionen.

6. Frage: Wieviel % der Eisenerzeugung ging in die Herstellung von Ruestungsgegenstaenden imSinne der Genfer Kriegsgefangenenordnung von 1929?

Antwort: Bei einer durchschnittlichen Eisenverteilung von 2.500.000 to monatlich betrug die Zuweisung fuer die Herstellung von Ruestungsgegenstaenden im Sinne der angefuehrten Bestimmungen der Genfer Kriegsgefangenenordnung von 1929 durchschnittlich 750 - 900.000 to monatlich, also etwa 30 - 35%. Aus dieser Menge wurden von der Endherstellung der Ruestungsgegenstaende auch saemtliche Zulieferungen zu ihnen kontingentiert.

7. Frage: Wieviel % der Arbeitskraft wird etwa fuer die Rohstahlerzeugung und Vorbearbeitung eines Ruestungsgegenstandes und wieviel % fuer seine endgueltige Herstellung verwandt?

Antwort: Ohne Unterlagen vermag ich diese Frage nicht zu beantworten. Der %-Satz duerfte bei den einzelnen Ruestungsgegenstaenden auch ausserordentlich schwanken. Nach dem Umfang des gesamten Arbeitseinsatzes in der Eisen- und Metallerzeugenden und verarbeitenden Industrie duerfte im Durchschnitt nach meiner Schaetzung ca. 60% der Arbeitskraft fuer die Rohstofferzeugung und Vorbereitung eines Ruestungsgegenstandes und 40% fuer seine endgueltige Fertigstellung verwendet worden.

H2581 - 0004

8. Frage: Wurden von Ministerium Speer in der Regel die Forderungen nach Arbeitskraeften nur in einer Zahl oder aufgegliedert nach Nationalitaet oder nach Kriegsgefangenen abgegeben?

Antwort: Die Anforderungen wurden meines Wissens vom Ministerium Speer in der Regel nur in einer Zahl angefordert. Eine Anforderung nach Nationalitaeten oder nach Kriegsgefangenen erfolgte meines Wissens nicht und konnte schon deswegen nicht erfolgen, weil die Moeglichkeiten der Zuweisung dem Ministerium unbekannt waren. Aus demselben Grunde erfolgte meines Wissens meist noch nicht einmal eine Aufteilung in maennlich und weiblich. Eine Ausnahme bildete der Kohlenbergbau, fuer den ueberwiegend aerztlich besonders untersuchte bergbaufaehige russische Kriegsgefangene eingesetzt wurden.

9. Frage: Hatte die Mittelinstanz einen Einfluss darauf, in welcher Nationalitaet sie oder der Betrieb die Arbeitskraefte erhielt oder ob Kriegsgefangene von den Arbeitsaemtern zugewiesen wurden?

a) Waren die Reserven an deutschen Arbeitskraeften voll erfasst und wie gross schaetzen Sie die Reserven nach den Erfolgen der Aktion zum totalen Krieg im Julu/August 1944?

b) Seit wann bestanden Meinungsverschiedenheiten ueber die Ausnutzung dieser Reserven zwischen Sauckel und Speer? Welche Versuche unternahm Speer zur Einsetzung dieser Reserven?

c) Welche Meinungsverschiedenheiten bestanden zwischen Sauckel und Speer ueber die Arbeitseinsatzpolitik in den besetzten Gebieten und seit wann?

Antwort: Diese Frage vermag ich aus eigener Kenntnis nicht zu beantworten. Fuer die Zuweisung nach Zahl und Zusammensetzung waren die Arbeitsaemter allein entscheidend. Inwieweit durch Betriebe oder die Mittelinstanz eingewirkt werden konnte oder eingewirkt wurde, ist mir nicht bekannt.

Zu 9 a) Reserven an maennlichen deutschen Arbeitskraeften waren meines Erachtens nach der Aktion im Juli/August 1944 sicherlich nicht vorhanden. Inwieweit theoretisch noch einsetzbare weibliche Arbeitskraefte danach zur Verfuegung standen, ist schwer zu sagen, da die physische und psychische Einsatzfaehigkeit durch die dauernden Luftangriffe und den mit ihnen verbundenen mangelnden Schlaf ausserordentlich herabgemindert war. Darueberhinaus lag der Arbeitseinsatzbedarf in diesem Zeitpunkt fast ausschliesslich auf Gebieten, die an sich fuer Frauenarbeit ungeeignet sind, oder nur fuer besonders kraeftige Frauen in Frage gekommen waeren.

Zu 9 b) Meinungsverschiedenheiten zwischen Sauckel und Speer ueber die Mobilisierung vorhandener deutscher Arbeitskraftreserven wurde mir erstmalig im Sommer 1943 bekannt, als Speer darauf bestand, dass sie mobilisiert wurden an Stelle der Heranziehung weiterer auslaendischer Arbeiter. Speer drang damals vergeblich auf eine Aktion, wie sie dann ein Jahr spaeter unter dem Namen "Goebbelsaktion" stattfand. Eine Erfassung dieser Reserven war Speer nicht moeglich, da er dafuer keine Vollmachten und Zustaendigkeiten besass. Durch Verschiebungen innerhalb seines Sektors suchte er Arbeitsplaetze fuer leichtere Frauenarbeit frei zu machen, um mehr aufnahmefaehig fuer deutsche weibliche Arbeitskraefte zu werden. Er verlagerte aus den arbeitsmaessig angespannten Industriezweigen in grossem Umfang Arbeit in die nicht voll ausgelastete Verbrauchsgueterindustrie, in die Heimarbeit und die besetzten Gebiete und machte durch eine grosszuegige Verlagerung der Fertigung von zivilen Verbrauchsguetern und Zulieferungsproduktion in die besetzten Gebiete zahlreiche deutsche Arbeitskraefte fuer seinen eigenen Arbeitseinsatzbedarf frei.

H2581 - 0005

zu 9 c) Seines Wissens entstanden die Meinungsverschiedenheiten zwischen Sauckel und Speer ueber die Arbeitseinsatzpolitik in den besetzten Gebieten im Sommer 1943 etwa ab Juli. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde offenbar der Bedarf an auslaendischen Arbeitskraeften durch Sauckel auf Basis freiwilliger Werbung ohne Schwierigkeiten gedeckt.. Als im Sommer 1943 die Werbung den Bedarf nicht mehr deckte und weitere Werbung die Produktion in den besetzten Gebieten beeintraechtigte, schlug Speer die Verlagerung von Arbeit in die besetzten Gebiete an Stelle der Verbringung von Arbeitern nach Deutschland vor.(Siehe zu 9b.) Sauckel war der Meinung, dass beides gleichzeitig moeglich sei. Die Meinungsverschiedenheiten zogen sich bis zum Jahresende 1943 hin. Als Anfang 1944 Adolf Hitler weitgehend im Sinne Sauckels entschied, versuchte Speer seine Absicht trotzdem dann auf dem Wege ueber die sogenannten S-Betriebe in den besetzten Gebieten zu erreichen, d.h. Betriebe, denen Arbeitskraefte nicht entzogen werden durften. Auf Speers Weisung wurden so viele Betriebe zu S-Betrieben erklaert, wie irgend moeglich.

10. Frage: Unterstuetzte Speer zu Lasten der Ruestung ab Februar 1943 die Ernaehrung und die Ernaehrungsindustrie und welche Anordnungen hierzu sind Ihnen noch erinnerlich?

Antwort: Ab Februar 1943 erklaerte Speer Vorrang fuer die Ernaehrung und die Ernaehrungsindustrie praktisch auf allen Gebieten, die durch zentrale Steuerung damals noch beeinflussbar waren, z.B. Zuteilung von Kohle und Strom, Vorrang in der Transportbefoerderung, ferner Vorrang fuer ein Notprogramm landwirtschaftlicher Geraete und Ersatzteile in der Eisen verarbeitenden Industrie. Diese Tendenz wurde auch in zahlreichen Einzelentscheidungen verfolgt.

11. Frage: Hat Speer durch Sie eine Anordnung herausgeben lassen, nach der die Produktion von Sprengstoffen fuer Wirtschaftszwecke eingestellt wurde? Wann war das und mit welcher Absicht?

Antwort: Die Betreuung der Produktion von Sprengstoffen ging auf das Rohstoffamt erst im Zuge einer Umorganisation im November 1944 ueber. Als ab Februar 1945 weitgehende Zerstoerungsabsichten im zu raeumenden deutschen Reichsgebiet erkennbar wurden, wies er mich an, die Zuteilung von Sprengstoff fuer Wirtschaftszwecke d.h. im wesentlichen Bergbau so zu drosseln, dass moeglichst in der Wirtschaft geringe Bestaende seien. Nachdem umfassende Zerstoerungen angeordnet waren, stoppte ich auf seine Weisung weitere Lieferungen ganz ab und liess auch die Durchfuehrung bereits laufender Lieferungen nach Moeglichkeit unterbinden. Die Absicht war zweifellos die, die Durchfuehrung von Sprengungen durch Mangel an Sprengstoff unmoeglich zu machen. Diese Absicht wurde auch ohne dass sie wegen entgegenstehender Befehle erwaehnt wurde, von den durchfuehrenden Stellen erkannt und daher mit besonderer Bereitwilligkeit durchgefuehrt.

12. Frage: Hat Speer seinen Einfluss geltend gemacht, damit die Metallerzgruben auf dem Balkan vor der Besetzung nicht zerstoert werden und warum?

Antwort: Ja. Speer war der Meinung, dass die Metallerzgruben dem Feinde keinen Vorteil bringen wuerden, da seine Ruestung nicht an Metallmangel litt, und dass eine Zerstoerung nur um der Wirtschaft eines bisher besetzten Gebietes Schaden zuzufuegen nicht verantwortet werden koenne.

Ralph a Nitz
1st Lt. Inf

Dr. Hans Flaechsner
Defense Counsel
V Hans Flächsner

Charles S. Burdell, OUSCC

H2581 - 0006

Testimony of witness KERRL for the defendant SPEER

Question 1.) What office did you hold in the Speer Ministry? Professional or honorary duties?

Answer 1.) From September 16th 1943 I was head of the planning office and besides from November 1st 1943 head of the raw material office in the Speer Ministry. Being an independent textile manufacturer I worked honorarily and only got as "Aufwandsentschaedigung" - as far as possible after the rules of the budget -.a part of the actual cash-expenses incurred by myself and my firm on account of my honorary activities.

Question 2.) Did the individual sections of the war economy essential industries or agencies in need of manpower (Bedarfstraeger) place their demands for manpower immediately with the Plenipotentiary-General for the Mobilization of Labor and did Sauckel reserve for himself the extent of the allotments or did he leave this decision to Speer or the Planning Centers?

Answer 2.) During my work in the Speer Ministry the individual sections of the war economy essential industries or agencies in need of manpower (Bedarfstraeger) placed their demands for manpower directly with the Plenipotentiary-General for the Mobilization of Labor. Sauckel did reserve for himself the extent of the allotments. He did not agree to a right of decision either for the "Central Planning" or for Speer alone. After several negotiations he agreed to accept advice of the "Central Planning" about the economic priority of the different claims put in as interesting material, without agreeing to be forced to decide accordingly. As far as I can recollect only 2 conferences took place - at least one of them during the sickness of Speer in spring 1944 - confined in its extents by Sauckel's standpoint outlined above. After that attempts of influencing the manpower policies by general economic view-points were abandoned as practically futile.

Question 3.) Were the industries or agencies requiring manpower about the following in spring 1944: Army and Navy armament, air-armament, coal, mining, chemistry, railroads, mail, agriculture, forestry, construction, administration of the ground forces , air force, navy, general administration? Can you supplement this list? What of these sections submitted their demands to the Speer Ministry?

Answer 3.) The agencies requiring manpower mentioned in the question correspond with my recollection. A further independent agency was the Ministry of Propaganda for the activity in overcoming civil air-raid damages. The following sections submitted their demands through the Speer-Ministry: Army and Navy armament, mining (including coal), chemistry and all other production sections as well as energy and construction. The other agencies mentioned submitted their demands directly. It is not known to me from what date the demands of air-armament were included in Speer's demands, as air-armament was only taken over by the Speer Ministry in the course of summer 1944. It is not known to me, how far regional offices of the "Wehrmacht" and other regional o

offices put in demands with the regional employment offices directly.- As actual allotments were effectuated mainly regionally, I was under the impression that the so-called central allotments were frequently of theoretic importance only.

Question 4.) According to the 1929 Geneva convention concerning Prisoners of War, no work which the latter have to perform must have any direct connection with the actual carrying out of warlike operations. In particular it is forbidden to use prisoners of war for the manufacture or transportation of weapons or munitions of any kind, or for transporting materials destined for fighting troops. Are the concerns included in inspectorates of war establishments exclusively such establishments as produce objects that come under the above mentioned definitions?

Answer 4.) Factories included in inspectorates of armaments ("Ruestungsinspectionen") are by no means exclusively, probably not even in their majority factories that correspond to the definitions mentioned in the question. I was not able to see any system whatsoever in the choice of the factories at the opening of the inspectorate-offices. Even at the beginning of this organisation mills in the textile, leather, wood, glass and earthern-ware field as well as raw material and feeder-industries were included to a great extent in the list of firms under the inspectorates. The number of factories and the number of industrial sections included increased from year to year.

Question 5.) Did the plants of the armament inspectorates include all plants producing "iron, steel and metal" and those manufacturing "machines, boilers, vehicles and appliances"? Did these plants comprise approximately all of the metal producing industry and were in September 1943 also the raw-steel production and the feeder industries added so that the entire steel industry from raw-steel to the final product constituted an armament industry?

Answer 5.) It is not possible to answer this question without fail, as distinct central instructions as to which firms were to be included were missing and therfore the question was decided regionally i.e. differently. Apart from the industrial sections mentioned in answer 4 the factories enumerated in question 5 were in 1943/44 totally under the inspectorates with possible but not important exceptions.

Question 6.) What percentage of the steel production was used to produce objects of armament in the sense of the Geneva Regulations on Prisoners of War of 1929?

Answer 6.) On an average allotment of iron of 2.590.000 tons monthly the allotment for the production of armaments in the sense of the Geneva Regulations on Prisoners of War of 1929 amounted to an average of 750/900.000 tons monthly i.e. to about 30 to 35 %. Out of this allotment the final completion had to allot all production of parts and preliminary processing.

Question 7.) Approximately what percentage of working hours is used for the production of raw-steel and preliminary processing of an object of armament and what percentage for its final completion?

Answer 7.) Without records I am not able to answer this question reliably. The percentage ought to differ considerably with the different objects of armament. Taking into consideration the number of men employed in the iron and metal

H2581 - 0007

H2581 - 0008

producing and consuming industries I would estimate that about 60% of working hours were spent for the production of raw-material, preliminary processing manufacturing of parts and about 40% for the final completion taking an average of all armaments.

Question 8.) As a rule, did the Speer Ministry stipulate in its demands for manpower only a figure or did it break the figure down according to nationalities or prisoners of war?

Answer 8.) To my knowledge the demands for manpower were presented as a rule by the Speer Ministry in one figure only. A breaking down of figures according to nationalities or Prisoner of War did not take place as far as I know. A breaking down would not have been possible because the possibilities of allotment were unknown to the Ministry. For the same reasons there was no breaking down in male and female labor, as far as I know. There was only one exception: coal mining, for which mainly Russian Prisoners of War were chosen after medical examination as to their fitness for mining.

Question 9.) Did the intermediary agency have any influence as to the nationality of the manpower it was allotted or that was allotted to the plants, or were the prisoners of war allotted by the employment offices?

Answer 9.) I am not able to answer this question to my own knowledge. For the allotment as to number, sex, nationalities etc the decission rested only with employment offices. I do however not know whether the intermediary offices or the plants were able to influence their decision or have done so.

Question 9a) Were the reserves of German manpower used to capacity and what is your estimate of the reserves after the success of the Action for Total War in July/August 1944?

Answer 9a) To my mind reserves of male German manpower did not exist after the Action of July/August 1944. It is difficult to say to what extent theoretically fitted female labor were disposable after that date, as the physical and psychic (?) fittnes was much diminished through continuous air-raids and lack of sleep caused by them. Apart from that the demand for manpower at that time was almost exclusively for work unfitted for women or fitted for especially strong women only.

Question 9b) Since when did the differences of opinion exist between Sauckel and Speer about the utilization of these reserves? What were the attempts made by Speer to employ these reserves?

Answer 9b) Differences of opinion between Speer and Sauckel as to the mobilisation of available German manpower came to my knowledge in summer 1943 for the first time, when Speer insisted upon their mobilisation instead of taking in additional foreign laborers. Speer then urged vainly an action like the one that took place one year later on under the name of "Goebbels Action". It was impossible for Speer to mobilize these reserves himself as he did not possess the authority and jurisdiction to do so. Through shifting labor within his own section he tried to create working places for light labor for women, in order to be able to employ more German women. He shifted in large extent work from industrial branches strained as to manpower into industries producing for civil demands and not working to capacity yet, also into home-work and to occupied territories. He undertook the transfer of production

H2581 - 0009

for civil consumption and production of parts on a large scale to the occupied territories in order to set free numerous German workmen for his own manpower demand.

Question 9c) What were the differences of opinion between Sauckel and Speer on the labor employment policy in the occupied territories and since when did they exist?

Answer 9c) As to my knowledge the differences of opinion between Sauckel and Speer about the labor employment policy in the occupied territories emerged in summer 1943 beginning about July. Up to this time the demand for foreign workmen could obviously be covered by Sauckel through voluntary hiring without difficulties. When in summer 1943 the hiring did not cover the demand any more and did interfere with the production in the occupied territories Speer proposed a transfering of production to the occupied territories.instead of a transfer of workmen to Germany. (See to answer 9b) Sauckel was of opinion thatboth ought to be possible at the same time. The differences of opinion lasted till the end of 1943. When at the beginning of 1944 Adolf Hitler decided mainly in the sense of Sauckel, Speer, nevertheless, tried to reach his aim through the so-called "S"-plants in the occupied territories, i.e. plants out of which workmen were not to be hired. On the direction of Speer as many plants as possible were declared as "S"-plants ("Schutz-Betriebe")

Question 10) Did Speer support agriculture and the food industry at the expense of armament since February 1945 and what measures in this respect do you remember?

Answer 10) Beginning February 1945 Speer declared priority for nutrition and nutrition-industry practically for all purposes, as far as central influence could still be exercised at that time, for instance priority in allotment of coal, electric current, in transportation and for an emergency program of agricultural implements and spare-parts in the iron consuming industry. This same tendency was followed in numerous single decisions.

Question 11) Did you, by order of Speer, issue a decree suspending the production of explosives for economic purposes? When did that occur and what was the intention

Answer 11) The authority for the production of explosives came to the raw-material office in the course of a reorganisation of the Ministry in November 1944 only. When beginning February 1945 intentions of extensive destructions in German territories to be evacuated could be recognized, Speer ordered me to diminish allotment of explosives for economic purposes i.e. mainly for mining to an extent that there remained low stocks only. As soon as extensive destructions were ordered, I stopped, at his request, further deliveries totally and interfered with current shipments as far as possible. The intention was recognised by the agencies executing these orders - without its being mentioned on account of the opposing orders - and therefore executed with special willingne

Question 12) Did Speer exert his influence to the effect that the metal-ore mines in the Balkans were not destroyed prior to the occupation , and why

Answer 12) Yes. Speer was of opinion that the metal-ore mines would be of no advantage to the enemy, as his armament had no lack of metal, and that no one could take the responsibility for a destruction only in order to damage the economic system of a territory so far occupied.

Signature witnessed by:
Ralph A. Nitz
1st Lt. Inf.

Dr. Hans Flaechsner
Defense Counsel

Charles S.Burdell, OUSCC
Charles S. Burdell

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL

H-2581

DEFENSE DOCUMENT № 50

ALBERT SPEER

EXHIBIT № 36

Filed June 21, 1946

H2581 – 0010

GERMAN
ENGLISH

SPEER Exhibit No. 36